

ANTRAG AUF GRÜNDUNG/FORTFÜHRUNG EINER AG

*Antragsteller*innen:*

A-AG6: Antrag auf Einsetzung einer AG gegen rechtsextreme, rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe auf Jugendverbandsarbeit

Antragstext

- 1 Die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW möge beschließen:
- 2 Um klar, entschieden und geschlossen gegen rechtsextreme, rechtspopulistische
3 und antidemokratische Angriffe auf Jugendverbandsarbeit handeln zu können, wird
4 eine AG „rechtsextreme, rechtspopulitische und antidemokratische Angriffe“
5 eingesetzt.
- 6 Zweck der AG ist zum einen, unsere Strukturen, Ehrenamtlichen und andere
7 Engagierte zu schützen und ihnen Handlungssicherheit zu geben. Es gilt, Angst zu
8 nehmen vor Angriffen; den Überblick über die Lage zu behalten (Monitoring); und
9 bei Schadensfällen Unterstützung zu liefern (Krisenkommunikation/ Krisenstab,
10 Ansprechbarkeit, ggf. weitere Unterstützung organisieren).
- 11 Zum anderen ist Zweck der AG sicherzustellen, dass unser Kerngeschäft durch
12 rechtsextreme, rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe insofern nicht
13 beeinträchtigt wird, als die Fälle bearbeitbar gehalten werden. Hierfür gilt es,
14 das rechte Grundrauschen einzudämmen, um Einschüchterung abzuwehren. Angriffe
15 werden möglichst effizient zu den Akten gelegt und nicht mehr Menschen mit ihrer
16 Bearbeitung belastet als nötig.
- 17 Konkret geht es um Krisenmanagement, Monitoring, die Absicherung von Strukturen
18 sowie die Entwicklung von Strategien zur Stärkung des demokratischen

Zusammenhalts.

Arbeitsweise der AG

Die AG hat zwei Arbeitsebenen: Zum einen soll sie konzeptionell arbeiten (etwa zu Falldifferenzierung, Meldekette, Krisenkommunikation), zum anderen soll sie selbst präventiv und reaktiv gegen Angriffe handeln.

Die Brisanz rechter Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft im Allgemeinen und auf Jugendverbandsarbeit im Besonderen ist im Feld unmittelbar einsichtig. Entsprechend gibt es mittlerweile einiges Material dazu. Aufgabe der AG wird sein, dies Material zu sichten, zu prüfen und unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse unserer Arbeit zu einem stimmigen Gesamtkonzept anzupassen. Hierbei soll besonders der Austausch mit Mitgliedsverbänden gesucht werden, die hier schon erste Ergebnisse vorliegen haben (etwa die Falken bei Falldifferenzierung und Meldekette; LAG Jugendringe zum Thema Satzungscheck und Demokratiefeinde im JHA; Blaulichtverbände im Bereich Krisenkommunikation).

Der Austausch über bereits vorliegende Krisenmanagementsystematiken in den Verbänden zielt außerdem darauf ab, bestehende Strukturen und im Rahmen der AG geschaffene Strukturen so zu synchronisieren, dass Doppelstrukturen erkannt – und damit Reibungsverluste oder Blockaden im Ablauf vermieden – werden können.

Wenn Konzepte zu Krisenmanagement und Monitoring stehen, gilt es diese mit Leben zu füllen. Während die Geschäftsstelle des LJR signalisiert hat, Fallmeldungen zu sammeln und zu aggregieren, bleibt es Aufgabe der AG, aus diesen Statusberichten politische Konsequenzen abzuleiten. Dies meint ebenso Fragen, wie die Mitgliedsverbände in ihrer Positionierung unterstützt werden können, wie etwa Vorschläge zum gezielten Lobbying für den Vorstand bei Jugend- oder Innenministerium.

Ziele bis zur Vollversammlung im November 2027

Ziele bis zur Vollversammlung im November 2027

Besondere Dringlichkeit hat die unverzügliche Entwicklung von Krisenmanagement und Monitoring. Dies soll vor Sommer 2026 arbeitsfähig sein.

Zum **Krisenmanagement** gehört eine Systematik/ Tabelle zur Falldifferenzierung, die von den angegriffenen Verbänden schnell und einfach ausgefüllt werden kann, eine Meldekette sowie die Möglichkeit zentralisierter Krisenkommunikation im

Bedarfsfall (vorbereitete interne und externe Kommunikation für unterschiedliche Schadensereignisse; Textbausteine und Zuständigkeiten; entsprechende Schulung für Sprecher_innen, Krisenstäbe und bis in die Gliederungen).

Das **Monitoring** meint die Auswertung der Falldifferenzierungen und die Aggregierung zu einem Statusbericht. Während die Geschäftsstelle Bereitschaft gezeigt hat, solche Statusberichte zu erstellen, ist die Auswertung des Statusberichts und die Ableitung politischer Vorschläge Aufgabe der AG.

Auch wichtig ist die Absicherung von Strukturen durch **Satzungs-Check und Unvereinbarkeitsbeschlüsse**. Hier besteht Bedarf für die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings ebenso wie für den LJR selbst.

Neben der Erarbeitung dieser Bausteine bleibt die Aufgabe, diese den Mitgliedsverbänden so zur Verfügung zu stellen, dass diese damit arbeiten können. Später geht die AG in den Austausch mit den Mitgliedsverbänden des LJR NRW, inwiefern diese Impulse auf ihren unterschiedlichen Gliederungsebenen ankommen und wo noch Unterstützungsbedarf besteht.

Weiterhin gilt es, eine **Strategie** zu entwickeln, **wie mit Demokratiefeinden in JHAs** und anderen Gremien umzugehen ist und wie demokratische Fraktionen darin bestärkt werden können, den demokratischen Konsens nicht zu verlassen. Zu diesem Thema stimmt sich die neu einzurichtende AG mit der AG Kommunale Jugendpolitik ab und stellt eine einheitliche Bearbeitung des Themas sicher.